

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/49. Jahrgang

November 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Mietenexplosion - Wohnungsnot - Obdachlosigkeit

Nicht nur in Gießen, wir berichteten mehrfach, auch bundesweit wird die Wohnungsnot unerträglich. Tausende Menschen gehen deswegen auf die Straße: 13.000 in Berlin, 5.000 in Frankfurt, auch in Göttingen, Leipzig und Gießen. Mehr als eine Million Wohnungen fehlen in der BRD; gleichzeitig sinkt die Zahl der Sozialwohnungen: von 3 Millionen im Jahr 1990

auf nun nur noch 1 Million. Die Mieten explodieren, ein Drittel des Einkommens muss durchschnittlich dafür ausgegeben werden; in Ballungsgebieten wie München bis zu 75%.

Fast die Hälfte aller Haushalte hat inzwischen laut Angaben des Mieterbundes einen Anspruch auf eine Sozialwohnung, aber nur für jeden siebten gibt es eine.



In Gießen ist die Lage auch wegen der vielen Studenten zugespitzt. Hier wurde Ende Oktober zum zweiten Mal in diesem Jahr ein leerstehendes Gebäude besetzt und mit einer Mahnwache vor dem Uni-Hauptgebäude auf die katastrophale Miet-situation hingewiesen. Auf einer Kundgebung des ASTA am 24.10. vor dem Rathaus wur-

den Mietpreise in Höhe von 400 Euro für 14 qm und 500 Euro für 16 qm genannt.

Alle Anträge der Linksfraktion zu Linderung der Wohnungsnot wurden vom Magistrat abgelehnt, nicht nur nach dem Bau von mehr Sozialwohnungen, sondern auch kleine Schritte wie die

(Fortsetzung auf Seite 3)

Strabs: Koalition muss klein begeben

Plötzlich wollen alle die Straßenausbaubeiträge (Strabs) abschaffen: SPD, CDU, Grüne und Freie Wähler haben entsprechende Anträge ans Stadtparlament für die Sitzung im November gestellt. - Als Michael Beltz (DKP) im Februar für die Linksfraktion genau dasselbe gefordert hatte, hagelte es böse Kritik: Nübel (SPD) unterstellte ihm Lobbyismus für „Großgrundbesitzer“, Möller (CDU) sah Kommunismus und Grothe (Grüne) drohte mit der Erhöhung der Grundsteuer B. Einzige die Linksfraktion hatte damals dafür gestimmt. - Nun, nachdem sich hessenweit

eine breite und erfolgreiche Bürgerbewegung gegen die Strabs gebildet hat, die Landtagswahlen anstehen und insbesondere SPD und CDU ihre Felle davonschwimmen sehen, kommt es zur Kehrtwendung um 180 Grad.

Gestritten wird nur noch ein wenig um die Begründung, obwohl die nicht mitgeschlossen wird. SPD (mit OB und Kämmerin Grabe-Bolz) wollen bei der Finanzierung die Landesregierung in die Pflicht nehmen, wozu die CDU keine Veranlassung sieht.

Es ist vor allem die DKP, die immer wieder

Inhalt:

Antisemitismus/Landtagswahl	S.2
Autokonzerne regieren mit	S.3
"Pflegegesetz"/Bildungsgerechtigkeit	S.4
Leiharbeit/Wieseckau	S.5
Einstein+Kapitalismus/NATO-Manöver	S.6
§219a bestätigt/Kirchen eingeschränkt	S.7
Termine	S.8

auf Artikel 137 der Hessischen Verfassung pocht, in dem klar formuliert ist:

„Der Staat hat den Gemeinden... die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel... zu sichern.“ - Und dazu gehört zweifelsfrei auch der Straßenbau.

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Antisemitismus und Menschenrechtsimperialismus

Am 1. Mai 2018 richtete die GroKo ein neues Amt ein, das des „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“. Dieser Posten wurde mit dem auf Völkerrecht spezialisierten Diplomaten Felix Klein besetzt. Schon die Personalie macht hellhörig. Warum nimmt man einen Diplomaten für einen solchen Posten?

Unbestreitbar gibt es Antisemitismus und dieser nimmt in diesem Land zu. Ebenso unbestreitbar hat Kritik an der reaktionären israelischen Regierung nichts mit Antisemitismus zu tun. Das von den Herrschenden verwendete Konstrukt „Antisemitismus“ dient weniger dem Kampf gegen denselben, sondern ist ein Teil deutscher Außenpolitik und des innenpolitischen Kampfes gegen Kritiker des Kapitalismus.

Nach dem Ende des kalten Krieges musste sich der deutsche Imperialis-

mus neu erfinden. Wollte man wieder als vollwertige imperialistische Macht agieren, musste die herrschende Klasse Deutschlands bis auf Weiteres den Bedenken imperialistischer Konkurrenten Rechnung tragen.

Daher setzte sich spätestens seit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien in den 1990er Jahren das Konzept des „Menschenrechtsimperialismus“ durch.

Der grüne Außenminister Joseph Fischer brachte dies auf die kurze Formel: Wir bombardieren Belgrad aus historischer Verantwortung heraus, welche sich aus Auschwitz ergibt. Dieses neue Konzept erforderte es, den offenen positiven Bezug auf den deutschen Faschismus und dessen Wehrmacht, wie ihn die alte BRD noch pflegte, zu entsorgen.

Damit einher ging die Illusion, es könnte so etwas wie einen „Ultraimperialismus“ geben und der US-Imperialismus hatte dafür die Formel „Partner in

Leadership“ entwickelt. Damit verbunden war ein uneingeschränkter positiver Bezug auf den Staat Israel. Gleichzeitig wurde der linke Begriff „Antifaschismus“, der immer auch mit Antikapitalismus verbunden war, gekapert. Dazu wurde der Begriff Antisemitismus verwendet. Durch diesen konnte jeder Antikapitalismus als antisemitisch denunziert werden. Somit passte das Konzept Antisemitismus wunderbar in die Staatsideologie des Antitotalitarismus. Praktischerweise wurden dadurch nicht nur jede antikapitalistische Alternative als antisemitisch diskreditiert, sondern auch der Begriff Antifaschismus, der eine wichtige Säule linken Selbstverständnisses war. Die strategische Defensive der linken Bewegung seit den 1990er Jahren hat in diesem von den Herrschenden erfolgreich geführten ideologischen Klassenkampf eine ihrer Ursachen.

Henning Mächerle

Landtagswahl: die Grünen sind immer dabei

Die existenziellen Fragen spielten im Landtagswahlkampf sowohl in Hessen als auch in Bayern keine Rolle. Dass Trump und die NATO immer mehr auf einen 3. Weltkrieg zumarbeiten, wird ausgeblendet und von vielen Menschen auch mit Hilfe der Medien verdrängt. Auch wurde tunlichst vermieden, die zunehmende Verarmung (die nicht zuletzt auch Folge der Militärausgaben ist) zu thematisieren, wie auch den zunehmenden Reichtum: 1,4 Millionen Millionäre gibt es inzwischen in der BRD. Das alles ist tabu.

Stattdessen sollten die Menschen mit Themen wie „Bildung“, dem „ländlichen Raum“ und „schnellem Internet“ für dumm verkauft werden. Die sahen jedoch die GroKo als Verantwortliche ihrer misslichen Lage, strafte sie ab und wählten die Rattenfängerpartei AfD, die zwar nicht ihr erhofftes Ergebnis, aber mit 13% immer noch zu viel bekam. Oder sie wählten die Grünen, die enorm

zulegen konnten, in der irrigen Annahme, die würden es besser machen. Aber auch die Grünen stehen fest auf dem Boden der Agenda 2010, die sie schließlich selbst mit Schröder be-

Die "Umwelt"-Partei stimmte für die Rodung des Hambacher Forstes, obwohl viele ihrer Wähler dagegen demonstrierten. Sie hat sich gut verkaufen können und wird gestärkt in der

Landesregierung bleiben, die Bouffier trotz großer Stimmenverluste wieder anführen wird - notfalls kommt die FDP dazu. Die Partei Die Linke, die in Bayern an der 5%-Klausel scheiterte, hat in Hessen einen Stimmenzuwachs erzielen können. Als einzige der kandidierenden Parteien hat sie die soziale Frage in den Mittelpunkt gestellt und Forderungen im Interesse der Arbeitenden, der Rentner, der Alleinerziehenden, der Arbeitslosen und der Kinder aufgestellt. Vielen hat sie damit aus dem Herzen gesprochen.

Sie hat dabei aber nicht ausreichend klar gemacht, dass diese Forderungen wenn überhaupt nur teilweise und nur durch harten Kampf durchgesetzt werden können und letztlich im Kapitalismus nicht zu verwirklichen sind. . . – Verdient der zweite große Verliererin, die SPD, Mitleid? Ich denke: nein, das hat sie so gewollt. E. Beltz



schlossen haben. Sie wollen weder eine Vermögenssteuer noch eine Erhöhung der Renten, die sollen lediglich - auf Armutsniveau - stabil bleiben. Spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 hat die einstige „Friedenspartei“ in der SPD-Grünen Koalition ihren Pazifismus aufgegeben.

Autokonzerne regieren mit

Jahrelang haben die deutschen Auto- konzerne ihre Kunden und die Auf- sichtsbehörden betrogen. Die ausge- lieferten Kraftfahrzeuge verbrauchen mehr Sprit und stoßen viel mehr Stick- oxide und Feinstaub aus als zulässig. Die Folge davon ist eine erhöhte CO₂- Abgabe und eine Belastung der Luft, die deutlich über den zulässigen Werten liegt. In den USA mussten die deutschen Autoproduzenten zigtau- sende Wagen zum Neuwert zurück-

kaufen und Strafen in Milliardenhöhe bezahlen. In Deutschland verschont die Regierung die Konzerne vor sol- chen Folgen – sie spricht alles, was sie macht, vorher mit der Industrie ab. Allerdings machen die Gerichte da nicht mit – sie urteilten, dass Fahrver- bote möglich, angemessen und nötig sind. Verkehrsminister und Kanzlerin haben da eine Patentlösung. Sie wol- len per Gesetz ermöglichen, dass die von der EU vorgegebenen Grenzwerte

Besonders industriefreundlich ist die AfD, sie lehnt Fahrverbote und Maß- nahmen zur Luftreinhaltung ab. Da man Feinstaub und Stickoxide nicht sehen und kaum riechen kann, gibt es die auch nicht – sie sind eine Erfin- dung der Lügenpresse und rot-grün- versiffter Wissenschaftler.

folgenlos überschritten werden dür- fen. Zur Beruhigung werden daneben auch noch ein paar Förderungen für Elektrobusse und ähnliches verspro- chen. Die einzuhaltenden Grenzwerte für die Umweltluft sind aber nicht willkürlich. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Stickoxide und Fein- staub der Gesundheit schaden, sie kosten vielen Menschen Lebensjahre und Lebensqualität. Die Macht der Konzerne muss gebrochen werden, vorher wird es keine saubere Luft in unseren Städten geben. G. Linhart



Woher kommt die Wohnungsnot?

„... (Man darf) nicht wissen, dass sie ein notwendiges Erzeugnis der bür- gerlichen Gesellschaftsform ist, dass eine Gesellschaft nicht ohne Wohnungsnot bestehen kann, in der die große arbeitende Masse auf Ar- beitslohn, also auf die zu ihrer Exis- tenz und Fortpflanzung notwendigen Summe von Lebensmitteln, aus- schließlich angewiesen ist; in der fortwährend neue Verbesserun- gen der Maschinerie usw. Massen von Arbeitern außer Arbeit setzen... in der endlich der Hausbesitzer in seiner Eigenschaft als Kapitalist nicht nur das Recht, sondern vermöge der Konkurrenz auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigen- tum rücksichtslos die höchsten Miet- preise herauszuschlagen.

In einer solchen Gesellschaftsform ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesell- schaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird...

Die Lösung liegt in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionswei- se, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiter- klasse selbst.“ (aus: Friedrich En- gels: Zur Wohnungsfrage)

(Fortsetzung von Seite 1) Mietenexplosion

Forderung nach
* einer Sozialquote von 30% bei allen großen Bauvorhaben
* einem Mietpreisstopp bei der Wohn- bau
* Erhebung einer Leerstandsabgabe. Folge dieser asozialen Wohnungspo- litik in der BRD ist ein drastischer Anstieg der Obdachlosigkeit. 860.000 Obdachlose wurden 2016 gezählt, heute wird ihre Zahl auf 1,2 Millionen geschätzt (nach Angaben der Woh- nungsloseninitiative „Die Brücke“). Das

ist eine Zunahme um 40%!
Kümmert das die Stadt Gießen?
2009 hatte sie zum letzten Mal den Sozialstrukturatlas vorgelegt. Vor ei- nem Jahr hatte die Fraktion Gießener Linke die Fortschreibung der Sozial- berichterstattung in Form eines Kom- munalen Armutsberichts beantragt. Das wurde abgelehnt und stattdes- sen beschlossen, einmal jährlich eine Zusammenstellung zu veröffentlichen. Dass diese jetzt endlich vorgelegt wird, hat der Stadtverordnete Michael Janitzki (Linke) für die nächste Sit- zung beantragt. Michael Beltz



Dieses schlichte, aber stilvolle Backsteinhaus in der Senckenbergstr. wurde früher von Agrarwissenschaftlern genutzt. Etwa genauso lange wie die Alte Post steht es leer oder wird als Gerümpelkammer genutzt. Es gehört aber keinem Spekulanten, sondern der Universität. Die hat offensichtlich kein Bewusstsein dafür, dass sie für das ihr anvertraute Eigentum eine Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft hat. Neue Gebäu- de werden mit Pomp eingeweiht, alte lässt sie einfach verfallen. Mit einer kurzfristigen Besetzung haben Studierende auf diesen Skandal aufmerksam gemacht und demon- strieren mit einer Mahnwache vor dem Uni-Hauptgebäude gegen die Wohnungsnot.

Spahns "Pflegegesetz" täuscht

Seit Jahren klagt das Personal der Krankenhäuser in Deutschland über immer schlimmer werdende Überlastung. Aber sie klagen nicht nur, sie kämpfen auch mit Streiks und anderen Aktionen für Verbesserungen. Zu den Forderungen gehört eine gesetzliche Festlegung von Untergrenzen für die personelle Besetzung. Jetzt hat Gesundheitsminister Spahn ein Gesetz vorgelegt, das er großspurig „Pflegepersonalverstärkungsgesetz“



nennt. Dieser Name ist aber eine Täuschung. Mit dem Gesetz wird die Personalausstattung für die überwiegende Mehrheit der Kliniken eher verschlechtert. Als Maßstab fürs Personal sollen die 25% der Kliniken mit der schlechtesten Besetzung dienen, außerdem soll die Regelung nur für sogenannte „pflegeintensive“ Stationen gelten. Genannt werden Intensivmedizin, Geriatrie, Unfallchirurgie und Kardiologie. Den Krankenhäusern steht es also frei, die Auflagen durch interne Umsetzungen zu erfüllen. Für die Betroffenen ist das Gesetz schlechter als keine Regelung, sie werden sich wie bisher nur selbst helfen können. In einigen Kliniken war der Kampf der Belegschaften schon erfolgreich. In der Berliner Charité, in den Universitätskliniken Essen und Düsseldorf sowie am Uniklinikum des Saarlandes wurden Verträge zwischen den Vorständen und der Gewerkschaft ver.di abgeschlossen, die deutliche Verstärkungen des Personals vorsehen. Auch am Uniklinikum Gießen/Marburg haben Streiks im vergangenen Jahr zu leichten Verbesserungen geführt. Überall gab es große Unter-



stützung durch die Bevölkerung und andere Gewerkschaften. Jeder, der mal im Krankenhaus war oder Patienten dort besucht hat, hat selbst erlebt, unter welchem Druck die dort Beschäftigten stehen und wie die Qualität der Pflege darunter leidet. Spahns Gesetz ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde – nur Streiks und andere Aktionsformen werden den Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken und den Patienten helfen.
Gernot Linhart

Keine Bildungsgerechtigkeit im Kapitalismus

Die Stadt Gießen will im nächsten Jahr das Personal in den Krabbelgruppen der Kitas mit Hilfskräften aufstocken. Erzieherinnen gäbe es nicht genug, weil z.B. die Ausbildung so aufwendig sei.

Wie sollen aber in Zukunft mehr Jugendliche ihren Abschluss im Sozial- und Erziehungsbereich schaffen, wenn immer weniger ausgebildete Fachkräfte in der Bildung eingesetzt werden?

Wie lange wird es dauern, bis die Hilfskräfte wegen „Personalmangels“ auch Aufgaben der Erzieherinnen übernehmen? Noch wird das zwar von der Bürgermeisterin Weigel-Greulich verneint, aber in anderen Bereichen verdrängen bereits Leih- und Hilfsarbeit reguläre Arbeitsverhältnisse.

Die jüngste OECD-Studie fordert dagegen den Ausbau der frühkindlichen Bildung vor allem für Familien mit ausländischen Wurzeln und für Ärmere. Gute Bildung für Kinder und Ju-

gendliche hängt in Deutschland immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. Wer seinen Kindern eine Privatschule oder Auslandsaufenthalte zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse bezahlen kann, ermöglicht ihnen bessere Voraussetzungen für den späteren Berufseinstieg. Alleinerziehende oder Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, können

sich oft kaum das Nötigste leisten, für Bildung ist erst recht kein Geld da. Im Kapitalismus wird es eine Bildungsgerechtigkeit nie geben. Die Rüstungskonzerne verdienen Milliarden, Schulen und Kitas verfallen.

Um für die Profitinteressen der herrschenden Klasse im Krieg zu sterben, ist gute Bildung einfach hinderlich.
Rainer Grabowski



Leiharbeiter ohne Lobby?

Die Leiharbeit boomt, trotz aller Be-
teuerungen der Politik, diese eindäm-
men zu wollen. Im Jahresdurchschnitt
2017 waren nach Zahlen der Bundes-
agentur für Arbeit 1,03 Millionen Kol-
leginnen und Kollegen als Leiharbei-
ter beschäftigt.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum
stieg ihre Zahl um 41 000.

Der Boom der Leiharbeit hat seine
Ursache in der Arbeitsmarktreform,
die unter dem Namen Hartz I traurige
Berühmtheit erlangte. Waren 2004
„nur“ 326 000 Menschen in der Mühle
Leiharbeit, stieg deren Zahl rasant auf
über 800 000 an. Leiharbeit bedeutet
für die Betroffenen 30 bis 40 Prozent
weniger Lohn, Hire and Fire und kei-
nerlei Zukunftsplanung. Zwar konnten
Gewerkschaften in Arbeitskämpfen
Verbesserungen in der Leiharbeit
durchsetzen, dennoch liegen die tarif-
lichen Entgelte der Leiharbeiter immer
noch deutlich unter denen der Stamm-
belegschaft. Daher sind gesetzliche
Regelungen dringend erforderlich.

Seit April 2017 ist das neue Arbeit-
nehmerüberlassungsgesetz in Kraft.

Demnach haben Leiharbeiter nach
neun Monaten im Einsatzbetrieb das
Recht auf gleiche Bezahlung wie die
Stammbelegschaft. Die Obergrenze
für die Einsatzdauer in einem Entleih-
betrieb beträgt 18 Monate. Danach
müssen die Leiharbeiter entweder
übernommen oder anders eingesetzt
werden. Diese beschlossenen gesetz-
lichen Regelungen konnten den mas-
senhaften Einsatz von Leiharbeit nicht
eindämmen: Ein Grund hierfür ist,
dass die Höchstüberlassungsdauer
sich nur auf den konkreten Leiharbei-
ter bezieht. So können die Unterneh-
mer einzelne Personen gegen einen
anderen Leiharbeiter austauschen
oder dieselben nach drei Monaten
Karenzzeit erneut einsetzen. Sinnvol-
ler wäre es gewesen, Höchstüberlas-
sungszeiten für Arbeitsplätze festzu-
legen, um diesen Drehtüreffekt zu
verhindern. Noch besser wäre es ge-
wesen, sämtliche Liberalisierungen
der Leiharbeit seit den 1980er Jahren
zurückzunehmen oder diesen moder-
nen „Sklavenmarkt“ ganz zu schlie-
ßen.



Da die Politik in Sachen Leiharbeit
zwar medienwirksam Mäuselöcher
schließt und gleichzeitig Scheunen-
tore für das Kapital öffnet, ist es kein
Wunder, dass laut einer aktuellen
Betriebsratsbefragung der IG Metall
immer mehr Betriebe das Instrument
Leiharbeit zur Disziplinierung der Kern-
belegschaften einsetzen. Rekordzah-
len in der Leiharbeit, ein gigantischer
Niedriglohnsektor, Armutsrenten und
eine rigorose Umverteilung von unten
nach oben sind eigentlich gute Grün-
de für die politische Linke, auf die
Straße zu gehen. Leider steht bei
einem immer größeren Teil deren
Vertreter nicht mehr der Widerspruch
zwischen Kapital und Arbeit im Zen-
trum der politischen Agenda. Man
versteckt sich lieber hinter sogenann-
ter Identitätspolitik, von der Verkehrs-
wende, über die Homo-Ehe bis zum
veganen Essen und überlässt so den
Rechtspopulisten in der sozialen Fra-
ge viel zu viel Raum. Man reiht sich
mit Kabinett und Kapital in die ver-
meintliche „antirassistischen Einheits-
front“ ein, statt unter dem Slogan
„Unsere Willkommenskultur heißt
gemeinsam kämpfen“ Ursachen und
Verursacher von Krieg, Flucht, Armut
und prekärer Beschäftigung beim
Namen zu nennen. Ulf Immelt

Die Kommerzialisierung spurtet in die Wieseckau?

Erstaunt reibt man sich die Augen:
„Gießen wird Trendsetter in Sachen
Fitness“, titelte eine Gießener Zei-
tung im Mai zur Eröffnung eines Fit-
ness-Trails in der Wieseckau. Hat
der Gießener Magistrat vielleicht doch
ein Herz für Leichtathletik-Vereine und
spendiert eine neue Laufbahn im
Waldstadion (die er vor wenigen Jah-
ren platt gemacht hat)?

Unterstützt das Sportamt die Leicht-
athletik mit mehr als ein paar Pokalen
aus dem reich gefüllten Schrank?
Natürlich nicht! Den früheren Trimm-
Dich-Pfaden nachempfundenen Fit-
ness-Trails erfordern nur geringe Kos-
ten.

Seit der Landesgartenschau 2014
boomt deshalb die Ausnutzung der
öffentlich finanzierten Erholungsau-
e zu gewerblichen Zwecken. SPD, CDU
und Grüne im Parlament stimmten
der Benutzung des Landschafts-
schutzgebietes durch die „Strandbar“
zu, um die defizitäre Stadtkasse zu
füllen. Seitdem folgen obskure Grup-

pen, um aus den natürlichen und öf-
fentlichen Ressourcen ihren Vorteil
zu ziehen: Da wartet die in fünf euro-
päischen Ländern agierende „Super-
mamafitness“ darauf, dass du mit
deinem Baby die Fitness buchst,
„Greenletics“ will gegen Cash (10er-
Karte 150 Euro) ein Ganzkörper-Wor-
kout mit dir veranstalten und UKTT
Limited aus Twickenham organisiert
mit freiwilligen Helfern kostenlose
Parkläufe – natürlich mit angeschlos-
senem Internet-Shop.

Dann gibt es noch „Training im Freien“
in kleinen Gruppen ab 6 Euro/Stunde
und „Outdoor Gym Gießen“ bietet ein
8-Wochen-Programm für 179 Euro an,
denn „der beste Körper wird draußen
gemacht.“

Die Stadt Frankfurt untersagt den
kommerziellen Sportkursen die Aus-
nutzung öffentlicher Bereiche, in Fulda
sind Gebühren fällig. Dort und auch in
Gießen gibt es genügend Vereine, die
sich ehrenamtlich um das sportliche
Wohl kümmern. M. Berger

Endlich! Alte Post ist verkauft

Nachdem der Frankfurter Interessent von
seiner Kaufoption zurückgetreten ist, hat
ein heimischer Investor, Kai Laumann
aus Wettenberg, das Gebäude gekauft.
Wie die künftige Nutzung geplant ist,
soll Anfang November der Öffentlichkeit
vorgestellt werden.

Einstein 1949 zu Kapitalismus und Sozialismus

"Die Produktion ist für den Profit da – nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die fähig und bereit sind zu arbeiten immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein „Heer von Arbeitslosen“. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren.

Da arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter keinen profitablen Markt darstellen, ist die Warenproduktion beschränkt und große Not ist die Folge. Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle.

Das Gewinnmotiv ist in Verbindung

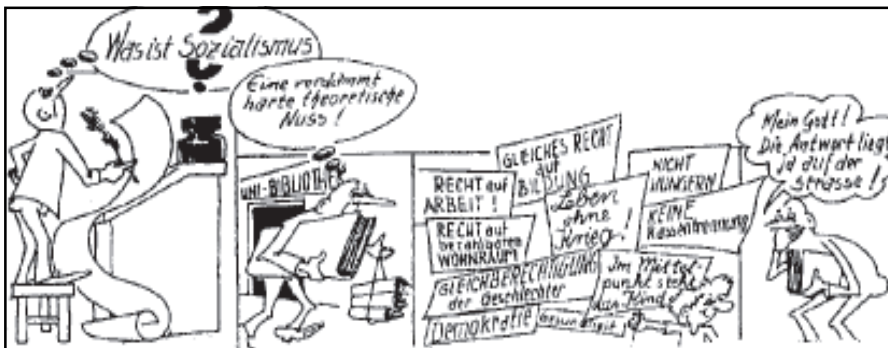
mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität in der Akkumulation und Verwendung des Kapitals verantwortlich und dies bedeutet zunehmende Depressionen. Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu einer Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen, die ich zuvor erwähnt habe.

Diese Lähmung der Einzelnen halte ich nicht für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg

als Vorbereitung für seine künftige Karriere anzusehen.

Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert, in solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.

Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, dass die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer eigenen angebotenen Fähigkeiten einen Verantwortungssinn für die Mitmenschen entwickeln anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft." - Aus Albert Einsteins Buch „Meine letzten Jahre“



Zum NATO-Manöver: "Botschaft an Russland"

Mit dieser Überschrift präsentierte die Deutsche Presseagentur am 18. Oktober – mit einem Quentchen Stolz im Unterton – eine Korrespondenz aus Brüssel, die sich von der ersten bis zur letzten Zeile mit dem „größten Manöver der NATO seit dem Kalten Krieg“ befasst...

Nun handelt es sich bei dem Manöver „Trident Juncture 2018“ vom 25. Oktober bis 23. November nicht etwa um eine einigermaßen „normale“ Übung der Einsatzfähigkeit und des Zusammenwirkens von Soldaten und Militärtechnik.

Den wichtigsten Unterschied macht das Einsatzszenario. Laut dessen wurde ein NATO-Staat von einem Gegner angegriffen, und laut NATO-Regeln tritt nun der „Bündnisfall“ ein, das heißt, alle anderen NATO-Mitglieder sind vertraglich verpflichtet, dem Opfer des Angriffs Beistand zu leisten. Wer als „Opfer“ auserse-

hen wurde, bleibt hier offen, ganz klar ist jedoch, und daran lassen die NATO-Planner nicht den Hauch eines Zweifels, dass als „Angreifer“, als „Gegner“, nur Russland in Frage kommen kann.

Nicht zufällig wird das Manöver, das unter dem Vorwand einer angeblichen „Einverleibung der ukrainischen Halbinsel Krim und massiven Unterstützung prorussischer Separatisten“ stattfindet, ausgerechnet in der Nähe der Grenzen Russlands ablaufen,

nämlich in Norwegen, Schweden und Finnland sowie im Luftraum über der Ostsee. „Nach den Ereignissen in der Ukraine könne nicht mehr ausgeschlossen werden, dass Russland auch in einem NATO-Land für Unfrieden oder sogar Krieg sorgen könnte“, heißt es mehr als deutlich bei dpa. Und dann folgt noch der Hinweis auf das jüngste russische Großmanöver, allerdings unter Verschweigen der Tatsache, dass dieses Manöver im fernen Sibirien stattfand, weit weg von jeglichen Grenzen eines NATO-Staates.

Diese „Botschaft an Russland“ ist eine unverblühte Drohung. Und das von einem Militärbündnis, das erst jüngst beschlossen hat, auf den Besitz und die Weiterentwicklung von Atomwaffen zu bestehen und den UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen kategorisch abzulehnen. Ein „Ende des Kalten Krieges“ sieht anders aus!

Uli Brockmeyer
(leicht gekürzt aus UZ v. 26.10.)



§ 219a: Hänel verurteilt - die Solidarität geht weiter

Dass Kristina Hänel auch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht „schuldig“ gesprochen wurde wegen „Werbung für Abtreibung“ war zu erwarten. Es eröffnet die Möglichkeit weiterer Prozesse bis zum Bundes- bzw. Europäischen Gerichtshof bis zur endgültigen Abschaffung des § 219a – und des § 218.

Die Solidarität ist groß, selbst der Richter meinte, sie solle das Urteil „wie einen Ehrentitel tragen“. In Paris wurde Mitte Oktober ein Manifest veröffentlicht, in dem die unterzeichnenden Frauen (darunter auch Kristina Hänel) ein „Recht auf sichere und legale Abtreibung in der gesamten EU“ fordern. Wenn auch in Irland das

wie die in der Gießener Talstraße, denen jegliche Sexualität, die nicht der Fortpflanzung dient, insbesondere die gleichgeschlechtliche, ein Dorn im Auge ist.

Die SPD, die „eigentlich“ auch für die Streichung zumindest des § 219a ist, weigert sich bisher, einen entsprechenden Antrag im Bundestag zu stellen. Der könnte mit einer satten Mehrheit (auch von Linken, Grünen und Teilen der FDP) dem Spuk ein Ende machen. Ihre Groko-Beteiligung ist heilig, obwohl darüber überhaupt nichts im Koalitionsvertrag steht.

Und der Papst? Der Liberale und Fortschrittliche? Er entblödet sich nicht, ins Mittelalter zurückzufallen und Abtreibung mit Auftragsmord zu vergleichen.

In der DDR war der § 218 übrigens früh abgeschafft worden. Die „Wunschkindpille“ (hier Anti-Baby-Pille genannt) war kostenlos und die Mütter hatten nicht nur einen garantierten Kita-Platz, sondern erhielten großzügige finanzielle Unterstützung. M.B.

Verbot kürzlich per Volksentscheid - bei 85% Katholiken! - gekippt wurde, so gibt es andererseits Bestrebungen zur Verschärfung wie in Polen.

In der BRD bedrohen und verfolgen selbsternannte „Lebensschützer“ die Ärzte, reden vom „Babycaust“ und demonstrieren jedes Jahr in Berlin gegen das Recht auf selbstbestimmtes Leben für Frauen. Sie werden unterstützt von der AfD, deren Vorsitzende Weidel selbst mitmarschiert und von den Evangelikalen



Kirchliches Arbeitsrecht deutlich eingeschränkt

„Das wegweisende Urteil schafft mehr Gerechtigkeit. Damit entfallen starke Einschränkungen für Menschen, die darauf angewiesen sind, beim zweitgrößten Arbeitgeber Deutschlands, den Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden, zu arbeiten. Es gibt Regionen mit fast ausschließlich konfessionellen Trägern im Gesundheits- und Sozialwesen. Bei der Arbeitsplatzsuche gibt es dort für eine Erzieherin oder einen Krankenpfleger Schwierigkeiten, wenn sie nicht Mitglied einer christlichen Kirche sind. Gut, wenn bei verkündigungsfernen Tätigkeiten auch für kirchliche Arbeitgeber nur noch die Eignung und Qualifikation zählen darf und nicht mehr so etwas sehr Persönliches, wie der Glaube. Das hat das BAG jetzt bestätigt“, sagte Sylvia Bühler, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand.

Im Konkreten hatte das BAG über den Fall von Vera Egenberger zu entscheiden. Die Berlinerin hatte sich auf eine Projektstelle beim Evangelischen

Werk für Diakonie und Entwicklung zur nationalen und internationalen Rassistusbekämpfung beworben. Die Bewerbung wurde abgelehnt, weil die Bewerberin weder der evangelischen noch der katholischen Kirche angehörte. Eine solche Zugehörigkeit hatte die Diakonie in der Ausschreibung als Einstellungsvoraussetzung angegeben. Vera Egenberger, vom ver.di-Rechtsschutz juristisch und finanziell unterstützt, zeigt sich mit dem heutigen Urteil „hoch zufrieden“... Für die nicht erfolgte Einstellung steht Egenberger nun eine Entschädigung zu.

„Wir fordern die Kirchen auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und endlich auch in ihren Betrieben weltliches Arbeitsrecht anzuwenden“, so Bühler: „Die allgemein geltenden Rechte von Beschäftigten müssen Anwendung finden; das betrifft insbesondere den Abschluss von Tarifverträgen und die Wirksamkeit des Betriebsverfassungsgesetzes.“

(aus: ver.di-Pressemitteilung)



KIRCHE ERGREIFT ERSTE MASSNAHMEN ZUM MISSBRAUCHS-SKANDAL

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Dezember-Echo: Mi., 28. Nov.**



Wir bitten um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

Freitag, 9. November, dem Jahrestag der faschistischen Reichspogromnacht,

Kranzniederlegung und Kundgebung

um 18 Uhr, am Mahnmal für die Opfer des Faschismus vor dem Rathaus in Gießen, Berliner Platz



Veranstaltung des DGB Mittelhessen Novemberrevolution 1918 Missglückt oder gelungen?



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Die deutsche Novemberrevolution begann mit dem Matrosenaufstand in Kiel am 4. November 1918 und endete mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie den Regierungsmassakern in Berlin, Lichtenberg, Bremen und München 1919. - Wurde damit ein möglicher deutscher Sozialismus für diese Zeit vernichtet oder hatte er damals ohnehin keine Chance? Und waren die Untaten des Sozialdemokraten Gustav Noske etwa das zwar unschöne, aber notwendige Gründungsverbrechen einer feinen Sache, nämlich der freiheitlichen Weimarer Republik?

Referenten: Gert Meyer und Georg Fülberth

Montag, 12. November, 19 Uhr, Dachsaal, DGB-Haus,
Walltorstr. 17



Veranstaltungsreihe SDAJ Marburg "Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage"

1. Wohnungsnot in Marburg
Dienstag, 6. Nov., 20 - 22 Uhr,
Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0030.
Referentin: Tanja Bauder-Wöhr (DKP)

2. Marxistischer Blick auf die Wohnungsproblematik
Mittwoch, 5. Dez., 20 - 22 Uhr,
Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0030,
Referentin: Siw Mammitzsch (DKP)

3. Kämpfe verbinden - Wohnraum, Schule, Uni, Betrieb
Donnerstag, 17. Jan., 18 - 20 Uhr,
Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0120.
Referenten: Marie-Luise (Stadtschulsprecherin), Eyup Yilmaz (Linkspartei), Ulf Immelt (DGB)

50 Jahre DKP

200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD

Dienstag, 20. 11., ab 18 Uhr, Kongresshalle, Vortragsraum
Rolf Becker

liest aus dem Kommunistischen Manifest
chilenische Live-Musik mit "Musikandes"

Veranstaltung der DKP Kreise Gießen, Marburg, Lahn-Dill
mit Unterstützung von ARAG, DGB, Rote Hilfe, SDAJ, VVN